

Wertschöpfung statt Wertabschöpfung: Für eine Ökonomie der Hoffnung

Von Mariana Mazzucato

Die weltweite Finanzkrise, die 2008 begann und deren Nachwirkungen wir noch auf Jahre hinaus spüren werden, hat überall zu Kritik am modernen kapitalistischen System geführt: Es sei zu „spekulativ“; es belohne Rent-Seeking anstelle wahrer Wertschöpfung und es habe das ungezügelte Wachstum des Finanzsektors zugelassen. All das habe dazu geführt, dass der spekulative Austausch von Finanzanlagen lukrativer ist als die Investitionen, die zu neuen Sachgütern und Arbeitsplätzen führen. Debatten über nicht nachhaltiges Wachstum sind vernehmlicher geworden, und man sorgt sich dabei nicht nur um die Wachstumsrate an sich, sondern auch um die Richtung, die sie nimmt.

Zu den Rezepten für tiefgreifende Reformen dieses aus dem Ruder gelaufenen Systems gehören unter anderem: dafür zu sorgen, dass die Finanzbranche sich mehr auf langfristige Investitionen konzentriert; durch Änderungen von Governance-Strukturen dafür zu sorgen, dass Unternehmen weniger auf Aktienkurse und Quartalergebnisse fixiert operieren; eine stärkere Besteuerung schneller Spekulationsgewinne; eine gesetzliche Deckelung exzessiver Vergütungen für das Management.

Diese Kritik ist durchaus wichtig. Allerdings wird sie erst greifen und wirkliche Reformen am Wirtschaftssystem hervorbringen, wenn sie durch eine Diskussion über die Prozesse wirtschaftlicher Wertschöpfung geerdet wird. Es genügt nicht, sich für weniger Wertabschöpfung und mehr Wertschöpfung stark zu machen. Zunächst muss der Begriff des „Werts“, der früher im Kern ökonomischen Denkens stand, wiederbelebt und besser verstanden werden.

Der Wert hat sich verändert, von einer mit der Produktionsdynamik (Arbeitsteilung, Produktionskosten) verhafteten Größe im Kern wirtschaftstheoretischer Überlegungen in eine subjektive Größe, die an die „Präferenzen“ wirtschaftlicher Akteure gebunden ist. Man interpretiert zahlreiche Übel, wie etwa die stagnierenden Reallöhne, als bewusst getroffene „Entscheidungen“ der Akteure in diesem System. Auch die Arbeitslosigkeit sieht

- * Der Beitrag basiert auf dem letzten Kapitel von „Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern“, dem neuen Buch der Autorin, das soeben im Campus Verlag erschienen ist. Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Bernhard Schmid.

man als Folge einer bewussten Entscheidung der Beschäftigten zwischen Arbeit und Freizeit. Desgleichen wird die Unternehmerschaft, dieser viel gepriesene Motor des Kapitalismus, eher als das Resultat individueller Entscheidungen betrachtet denn als Frucht des Produktionssystems beziehungsweise der kollektiven Anstrengungen, in die sie eingebettet ist. Gleichzeitig ist der Preis zum Indikator für Wert geworden: Solange ein Gut auf dem Markt gekauft und verkauft wird, muss es auch einen Wert haben. So bestimmt nicht eine Werttheorie den Preis, sondern die Preistheorie den Wert.

Wohlstandsschöpfung statt -abschöpfung

Einhergehend mit dieser fundamentalen Veränderung des Wertgedankens hat heute ein anderes Narrativ Fuß gefasst. Ganz auf Wohlstandsschöpfer, Risikonahme und Unternehmerschaft fixiert, hat sich dieses Narrativ im politischen wie im öffentlichen Diskurs breitgemacht. Es grassiert mittlerweile derart, dass sich ganz unbeabsichtigt selbst „progressive“ Systemkritiker seiner bedienen. Als in Großbritannien 2015 die Labour Party die Wahlen verlor, führte die Parteiführung das darauf zurück, dass man „Wohlstandsschöpfer“ nicht berücksichtigt hätte.¹ Und wen meinten sie damit? Geschäfte und die Unternehmer, die sie führten. Sie stützten damit den Gedanken, Wert werde im privaten Sektor geschaffen und vom öffentlichen Sektor verteilt. Aber wie kann eine Partei, die das Wort „Labour“ im Namen hat, die Arbeiter und den Staat als nicht weniger wichtige Teile des Prozesses der Wohlstandsschaffung übersehen?

Derlei Annahmen über die Wohlstandsschöpfung haben sich etabliert, und niemand stellt sie in Frage. Infolgedessen haben die, die sich als Schöpfer des Wohlstands gerieren, heute die alleinige Aufmerksamkeit des Staats. Gelungen ist ihnen das mit dem mittlerweile sattsam bekannten Mantra: weniger Steuer, weniger Regulierung, weniger Staat und mehr Markt.

Mit dem Verlust unserer Fähigkeit, den Unterschied zwischen Wertschöpfung und Wertabschöpfung zu erkennen, ist es für so einige leichter geworden, sich als Wertschöpfer zu bezeichnen und im Rahmen dieses Prozesses Wert zu extrahieren. Zu verstehen, dass wir von Narrativen über Wertschöpfung – wenn auch nicht über den Wert selbst – umgeben sind, ist aber auch unabdingbar für die künftige Lebensfähigkeit des Kapitalismus an sich.

Um eine wirkliche Veränderung anbieten zu können, müssen wir über die Lösung einzelner Probleme hinausgehen. Das bedeutet, ein Rahmenkonzept zu entwickeln, das uns die Herausbildung einer neuen Form von Volkswirtschaft ermöglicht, die tatsächlich dem Gemeinwohl dient. Es genügt nicht, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) neu zu definieren, um Indikatoren zur Lebensqualität, egal ob Glück,² Wohlfahrt, unbezahlte Pflegearbeit und

1 Sowohl der ehemalige britische Premierminister Tony Blair als auch Chuka Umunna, der bei vielen als der kommende Mann der Labour Party gilt, meinten, Labour sollte die Geschäftswelt als „Wohlstandsschöpfer“ akzeptieren.

2 Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Abschlussbericht, <http://ec.europa.eu>, September 2009.

kostenlose Informationen, Bildung und Kommunikation über das Internet miteinzubeziehen.³ Und es genügt auch nicht, den Reichtum zu besteuern. So wichtig solche Maßnahmen für sich genommen sind, die große Herausforderung, den kollektiven Beitrag zur Wertschöpfung zu definieren und zu messen, gehen sie nicht an. Aber nur so können wir verhindern, dass Wertabschöpfung weiterhin als Wertschöpfung durchgeht.

Das fatale Preis-gleich-Wert-Denken

Der inzwischen herrschende Gedanke, der Preis definiere den Wert und Märkte seien das beste Mittel zur Bestimmung der Preise, hat alle möglichen üblen Folgen. Vier davon ragen dabei heraus.

Erstens ermutigt dieses Narrativ diejenigen, die in der Finanzbranche und anderen Sektoren der Wirtschaft lediglich Wert abschöpfen. Die entscheidenden Fragen hierzu – welche Arten von Aktivitäten fügen der Volkswirtschaft Wert hinzu und welche extrahieren solchen nur zugunsten der Verkäufer – werden erst gar nicht gestellt. Der gegenwärtigen Denkart zufolge gelten, da der Preis den Wert bestimmt, Finanzhandel, Wucherkredite und die Finanzierung spekulativer Preisblasen auf dem Immobilienmarkt allesamt als wertschöpfend: Wo ein Geschäft zu machen ist, ist auch Wert. Mit demselben Recht kann ein Pharmakonzern ein Medikament problemlos um das Hundert- oder Tausendfache seiner Produktionskosten verkaufen, schließlich bestimmt der Markt seinen Wert. Dasselbe gilt für CEOs, deren Vergütung das 340fache des Lohns eines Durchschnittsbeschäftigten beträgt (bei S&P-Unternehmen für 2015).⁴ Der Markt hat den Wert ihrer Dienste festgelegt – mehr ist dazu nicht zu sagen.

Ökonomen wissen sehr wohl, dass einige Märkte alles andere als fair sind, nehmen wir nur Google und sein Quasimonopol auf dem Werbemarkt bei Suchmaschinen. Aber viel zu oft stehen sie unter dem Bann des Narrativs von der Effizienz der Märkte, um sich Gedanken darüber zu machen, ob es sich bei den Gewinnen um zu Recht verdiente Profite oder lediglich um Renten handelt. Wie sollten sie auch, wenn die Unterscheidung zwischen Profiten und Renten fehlt?

Dieses Preis-gleich-Wert-Denken hält Unternehmen dazu an, in erster Linie Finanzmärkte und Investoren im Auge zu haben und anderen Stakeholdern so wenig wie nur möglich zu bieten. Es ignoriert dabei die Realität der Wertschöpfung als kollektiven Prozess. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass alles, was das Geschäft eines Unternehmens anbelangt, angefangen mit den Innovationen und der technischen Entwicklung, auf der es aufbaut, aufs Engste verwoben ist mit Entscheidungen gewählter Volksvertreter, Investitionen von Schulen, Universitäten, Behörden, ja selbst Initiativen von Non-Profit-

3 Diane Elson, *Macroeconomics and Macroeconomic Policy from a Gender Perspective*, Public Hearing of Study Commission on Globalization of the World Economy-Challenges and Responses, Deutscher Bundestag, Berlin, 18.2.2002.

4 „The Guardian“, 17.5.2016.

Einrichtungen. Konzernchefs sagen daher nicht die ganze Wahrheit mit ihrer Behauptung, Aktionäre seien die einzigen Risikonehmer und verdienten deshalb den Löwenanteil der Gewinne aus einem Geschäft.

Zweitens entwertet der konventionelle Diskurs tatsächliche wie potentielle Wertschöpfer außerhalb der Privatwirtschaft und schreckt sie ab. Es ist nicht einfach, Selbstbewusstsein zu entwickeln, wenn man ständig gesagt bekommt, man baue nur Mist und/oder sei Teil des Problems. Und das ist nicht selten der Fall für im öffentlichen Sektor Beschäftigte, ob es sich dabei nun um Pflegepersonal handelt, Behördenbeschäftigte oder Lehrer. Die statischen Metriken, mit denen man den Beitrag des öffentlichen Sektors misst, und der Einfluss der Neuen Politischen Ökonomie auf den Gedanken vom effizienteren Staat haben vielen im öffentlichen Sektor Beschäftigten das Gefühl gegeben, nicht so gut zu sein wie die Leute aus der Privatwirtschaft. Das kann einen Bürokraten schon dazu bringen, seinen Hut zu nehmen und in den privaten Sektor zu gehen, wo oft auch noch mehr Geld zu verdienen ist.

So sehen sich Akteure des öffentlichen Sektors genötigt, dem privaten Sektor nachzueifern, den fast ausschließlich Projekte mit schnellen Renditen interessieren. Schließlich bestimmt der Preis den Wert. Welcher Staatsdiener würde unter solchen Umständen den Finger zu heben wagen, seine Behörde könnte die Führung übernehmen, ein Problem mit einer langfristigen Perspektive lösen, alle Seiten des Unterfangens (nicht nur die Profitabilität) durchdenken, die nötigen Mittel (geborgt, falls nötig) ausgeben und – jetzt ganz leise – öffentlichen Mehrwert schaffen. So überlässt er die großen Ideen eben dem privaten Sektor, dem er, wie man ihm gesagt hat, die Steigbügel halten soll. Und wenn dann Apple oder ein anderes Unternehmen aus der Privatwirtschaft seinen Aktionären Milliarden und seinem Topmanagement Millionen einbringt, dann wird er wahrscheinlich nicht auf den Gedanken kommen, dass diese Unternehmen größtenteils aus der kollektiven Arbeit anderer Kapital schlagen – seien das Behörden, Non-Profit-Einrichtungen oder Leistungen der Bürgergesellschaft, nicht zuletzt der Gewerkschaften, die sich seit jeher für die Fortbildung der Arbeiterschaft stark gemacht haben.

Wie wir Profite und Renten verwechseln

Drittens verwirrt dieses Marktnarrativ politische Entscheidungsträger. Im Großen und Ganzen wollen Politiker aller Parteien ihren Gemeinschaften ebenso helfen wie ihrem Land. Die beste Methode dazu, so denken sie, bestehe in einem erhöhten Vertrauen in die Marktmechanismen – seitens der Politik brauche es da bestenfalls ein paar Korrekturen am Rande. Wichtig ist letztlich, als progressiv und „geschäftsfreundlich“ dazustehen. Aber angesichts eines ausgesprochen begrenzten Verständnisses davon, wo und wie Wert geschaffen wird, sind Politiker und allzu viele Staatsdiener wie Wachs in den Händen derer, die sich ihnen als Wertschöpfer präsentieren. Regulierungsbehörden sehen sich daher von der Lobby der Geschäftswelt zu politischen Maßnahmen verleitet, die die Pfründenbesitzer noch reicher machen,

nur dass die erhöhten Profite kaum zu verstärkter Investitionstätigkeit führen. Zu den Beispielen dafür gehört die Art und Weise, wie sich der Staat in einem Gutteil der westlichen Welt dazu hat überreden lassen, die Steuern auf Veräußerungsgewinne zu reduzieren, obwohl es keinen Grund dafür gibt, wenn das Ziel die Förderung langfristiger statt kurzfristiger Investitionen ist. Darüber hinaus waren es Lobbyisten mit ihren Innovationsmärchen, die die Lizenzbox durchgedrückt haben, die Steuern aus Profiten von zwanzig-jährigen Patentmonopolen reduziert – obwohl ihre wesentliche Auswirkung gerade mal darin besteht, die Steuereinkünfte des Staats zu senken, anstatt die Art von Investitionen anzukurbeln, die überhaupt erst zu den Patenten geführt haben.

All das führt letztlich nur dazu, dass der Volkswirtschaft Wert entzogen und die Zukunft für – fast – alle etwas weniger attraktiv wird. Ohne ein klares Verständnis des kollektiven Wertschöpfungsprozesses wird der öffentliche Sektor auf diese Weise „vereinnahmt“ – hingerissen von Geschichten über Wohlstandsschöpfung, der wir die regressive Steuerpolitik verdanken, die die Ungleichheit nur verstärkt.

Viertens und letztens zeigt sich die Verwechslung von Profiten und Renten in unserer Messweise des Wachstums selbst – im BIP. Und genau hier rächt sich die Produktionsgrenze: Wenn alles, was einen Preis hat, Wert darstellt, dann ist die Art und Weise, wie wir unsere gesamtwirtschaftlichen Volksrechnungen erstellen, nicht in der Lage, zwischen Wertschöpfung und Wertabschöpfung zu unterscheiden, was dazu führt, dass Politik, die auf Ersteres abzielt, unter dem Strich doch zu Letzterem führt. Das gilt nicht nur für die Umwelt, wo das Wegräumen des Drecks definitiv zu einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes führt (da der Aufwasch bezahlt werden will), während eine sauberere Umwelt nicht notwendigerweise zu einem Anwachsen des BIP führen muss (sie kann sogar einen Rückgang des BIP zur Folge haben, wenn es dazu führt, dass weniger „Dinge“ produziert werden). Wie wir gesehen haben, gilt das auch für die Finanzwelt, wo die Unterscheidung fehlt zwischen Finanzdienstleistungen, die für langfristige Kredite sorgen, und denen, die einfach andere Teile des Finanzsektors bedienen.

Nur eine klare Wertdebatte, egal in welchem Sektor, auch dem öffentlichen, lässt uns das Extrahieren von Renten erkennen, und nur so berauben wir dieses Phänomen seiner politischen und ideologischen Kraft.

Was sind Märkte – und wie funktionieren sie?

Eine Neudefinition des Werts muss mit einer eingehenderen Diskussion des Konzepts beginnen, auf dem ein Gutteil unserer heutigen Politik fußt. Zuerst, und das ist das Wichtigste: Was sind Märkte?

Märkte existieren nicht von sich aus. Sie werden von der Gesellschaft geformt und sind Ergebnisse von Prozessen mit zahlreichen Akteuren in einem spezifischen Kontext. Märkte so zu sehen wirkt zwangsläufig verändernd auf unsere Auffassung von staatlicher Politik.

Zweitens: Was sind öffentlich-private Partnerschaften? Oder präziser gesagt, welche Art von öffentlich-privaten Partnerschaften werden einer Gesellschaft die gewünschten Resultate beschieren? Zur Beantwortung dieser Frage sollten sich Ökonomen von ihrem Wunsch verabschieden, Physiker zu sein, und sich stattdessen der Biologie zuwenden. Und als solche sollten sie sich vor Augen halten, dass funktionierende Partnerschaften eher solche sind, die ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Ökosystem nachzuahmen versuchen als ein parasitäres Räuber-Beute-System.

Wie Karl Polanyi schrieb, ist das „wirtschaftliche System [...] in die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse eingebettet“; die Märkte sind „bloß ein zusätzlicher Faktor eines institutionellen Rahmens, der [...] von der gesellschaftlichen Macht kontrolliert und reguliert“ wird.⁵ Märkte sind Ergebnisse komplexer Prozesse von Interaktionen zwischen wirtschaftlichen Akteuren; der Staat ist nur einer davon. Wobei hier nicht von Normen, sondern von Strukturen die Rede ist – davon, wie neue sozio-ökonomische Arrangements zustande kommen. Der bloße Fakt, dass der Markt von unterschiedlichen Akteuren gemeinsam gestaltet wird – darunter eben auch, und das mit wesentlicher Beteiligung, die politischen Entscheidungsträger –, gibt Hoffnung, dass eine bessere Zukunft tatsächlich machbar ist.

Wir können Märkte auf eine Art und Weise ausformen, die zu wünschenswerten Ergebnissen führt. Nehmen wir etwa „grünes Wachstum“ oder eine „soziale“ Gesellschaft, deren Fürsorglichkeit Einfluss nimmt auf die Art von sozialer und physischer Infrastruktur, die wir bauen. Desgleichen können wir spekulativen kurzfristigen Finanzgeschäften erlauben, über langfristige Investitionen zu triumphieren.

Selbst Adam Smith, der wohl bekannteste Protagonist der Idee der Marktwirtschaft, war der Ansicht, dass Märkte zu formen sind. Im Gegensatz zur modernen Interpretation seines Werks im Sinne des „Laissez-faire“ (den Markt machen lassen), bestand seiner Auffassung nach die richtige Art von Freiheit keineswegs in der Abwesenheit des Staats als ordnender Instanz, sondern vielmehr in der Befreiung von den Renten. Smith wäre verduzt gewesen ob unserer Auffassung von wirtschaftlicher Freiheit als einem Minimum an staatlicher (nicht privater) Aktivität. Sein Werk „Wohlstand der Nationen“ ist nicht zuletzt deshalb ein derartiger Wälzer, weil es selbst in jener simpleren Wirtschaftswelt derart viele Möglichkeiten des Rent-Seeking zu diskutieren gab. Er verwandte viele Seiten auf die Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Tätigkeiten, wobei er – durchaus oft simplistisch – manche innerhalb der Produktionsgrenze verortete und andere außen vorließ. Marx ging da subtiler vor, indem für ihn nicht der Sektor an sich zählte, sondern wie dessen Interaktion mit der Wertschöpfung und dem wichtigen Konzept seiner Analyse, dem *Mehrwert*, genau beschaffen war.

Polanyi hilft uns, über beide, Marx und Smith, hinauszusehen. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, welche Aktivitäten innerhalb und welche außer-

5 Karl Polanyi, *The Great Transformation, The Political and Economic Origins of Our Time* [1944], Boston 2001, S. 101. Siehe dazu auch Peter B. Evans, *Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation*, Princeton 1995.

halb der Produktionsgrenze anzusiedeln seien, können wir heute darauf hinarbeiten, dass alle Aktivitäten – sowohl die in der Real- als auch die in der Finanzwirtschaft – zu den gewünschten Ergebnissen führen: Wenn Qualität und Charakteristika einer bestimmten Aktivität wahren Wert schöpfen helfen, dann sollte sie dafür belohnt werden und innerhalb der Produktionsgrenze liegen.

Wie schaffen wir den gerechten Deal – zwischen Privatwirtschaft und Staat?

Wir müssen die Politik zur Vermittlung von „Deals“ ermutigen, die symbiotische öffentlich-private Partnerschaften zur Folge haben. Im Falle der Finanzwirtschaft würde das bedeuten, langfristige Investitionen kurzfristigen (etwa mittels einer Finanztransaktionssteuer) den Vorzug zu geben. Aber mehr noch würde es auf die Gründung neuer finanzieller Institutionen (missionsorientierter staatlicher Investitionsbanken zum Beispiel) hinauslaufen, die für die strategische, langfristige Finanzierung bei hochriskanten Investitionen sorgen, wie sie für die – jeder Wertschöpfung zugrunde liegenden – Forschung und Entwicklung von so entscheidender Bedeutung sind.

Jenseits des Finanzsektors sollten Patentrecht und -regulierung Big Pharma dazu anhalten, ihre Forschung auf dringend benötigte Medikamente zu richten, anstatt – wie das heute so oft der Fall ist – Wettbewerb und Innovation durch starke und weit gefasste Patente zu blockieren. Außerdem sollten die Preise für Medikamente den übergeordneten „Deal“ zwischen öffentlichen und privaten Akteuren widerspiegeln, anstatt den Steuerzahler zweimal zur Kasse zu bitten. Darüber hinaus sollte der Staat den übermäßigen Aktienrückkauf im Sektor in Frage stellen, bevor er sich zu Geschenken entschließt. Und ganz allgemein sollte der Staat jede Unterstützung mit der Kondition einer verstärkten Investitionstätigkeit verknüpfen, um den Trend zu Hortung und Finanzialisierung einzudämmen.

Im Sektor Informations- und Kommunikationstechnologie ist mehr Nachdenken über eine geeignete Besteuerung für Firmen wie Uber und Airbnb gefordert – Firmen, die es nie hätte geben können ohne öffentlich finanzierte Technologien wie GPS und Internet und die sich Netzwerkeffekte zunutze gemacht haben, um ihre potentiell hochprofitablen Pioniervorteile umzusetzen. Es sollte klargestellt werden, dass viele – nicht nur die Beschäftigten der jeweiligen Unternehmen – zu ihrem Wettbewerbsvorteil beigetragen haben. Wie wir Technologie verwalten, wirkt sich auf die Verteilung ihres Nutzens aus. Die digitale Revolution bedarf der partizipativen Demokratie – der Bürger, nicht der Großkonzern oder der Staat, sollte im Zentrum technologischer Veränderung stehen.

Nehmen wir nur die intelligenten Stromzähler oder Smart-Meter: Evgeny Morozov vertritt hier die Ansicht, dass wir, falls es sich dabei um geschlossene Boxen handelt, die Informationen übertragen, „im Wesentlichen weitere und zunehmend geschlossene Systeme einführen, die lediglich Renten

aus einer Infrastruktur zu beziehen versuchen, die wir alle mitfinanzieren, ohne uns, die Bürger, ebendiese Infrastruktur für unsere eignen Zwecke und zur Kontrolle des Staats nutzen zu lassen, sei es die Staatsverwaltung, sei es die Regierung selbst“.⁶

So können wir uns auch hinausbewegen über die Auffassung von öffentlichen Gütern als bloßen „Korrekturen“, die sich auf Bereiche beschränken sollten, die (dank der positiven Externalitäten, die sie schaffen) der Reparatur bedürfen, hin zu „Planzielen“. Dazu bedarf es jedoch eines neuen Verständnisses von Politik als Instrument zur aktiven „Schaffung“ und „Gestaltung“ von Märkten, die öffentlichen Wert schaffen und damit der Gesellschaft im weiteren Sinne nützen.

Wenn wir dafür sorgen, dass sich öffentlicher Wert besser rechtfertigen, schätzen und beurteilen lässt, würde das politischen Entscheidungsträgern potentiell ein neues Vokabular eröffnen. Statt lediglich „Regulierer“ des Gesundheitswesens oder der digitalen Agenda zu sein, hätte die Politik als Mitschöpfer dieser Fürsorge und der digitalen Agenda mehr berechtigten Anspruch darauf, dafür Sorge zu tragen, dass der Nutzen allen zugänglich ist.

Ein anderes Vokabular und neue Rahmenbedingungen für die Politik würden darüber hinaus die Zaghaftheit reduzieren, die die Politiker nun seit Jahrzehnten davon abhält, dringend benötigte infrastrukturelle Projekte zu finanzieren – eine Zaghaftheit, die auch zu einer Reaktion auf die Krise von 2008 geführt hat, die fiskalisch wie legislativ kaum über das bloße Minimum hinausging. Ist das Potential von Exekutive und Legislative, zum Wohl der Gesellschaft zu wirken, erst einmal in seinem ganzen Ausmaß erkannt, können gewählte Amtsträger auch damit beginnen, höheren, aber durchaus noch realistischen Erwartungen gerecht zu werden. Junge, ehrgeizige Menschen könnten sich mehr und mehr für eine politische oder eine Laufbahn im Staatsdienst entscheiden statt für einen Job in der „City“ oder in der Geschäftswelt – aber nur, wenn sie das Gefühl haben, dort einen wertvollen Beitrag zu leisten, der entsprechend geschätzt wird.

Volkswirtschaft mit Mission: Welche Wachstumsrichtung wollen wir?

Die wichtigste Frage bleibt auf dem Tisch: Welche Richtung soll die Wirtschaft einschlagen, um der größtmöglichen Zahl von Menschen Nutzen zu bringen?

Ein maximales Wachstum des BIP, um eine der heutigen Standardantworten zu nehmen, ist viel zu krude, um hilfreich zu sein, lässt es doch all die ernsthaften Fragen zum Wert außen vor. Eine weitere landläufige Antwort ist die fiskalische Integrität, der zufolge der Staat für einen ausgeglichenen Haushalt oder gar – wie in Deutschland – für einen Überschuss sorgt. Das freilich ist nicht nur krude, sondern schlicht verkehrt. Das Streben nach einer Reduzierung der Haushaltsdefizite nach der Rezession von 2009 steht

6 Evgeny Morozov, *Democracy, Technology and City*, Transkript eines CCCB-Vortrags, Barcelona 2014.

noch heute einem richtigen europäischen Aufschwung im Weg. Ein möglichst niedriges Haushaltsdefizit geht am Ziel vorbei. Die eigentliche Frage ist, wie Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand für langfristiges Wachstum sorgen können. Und auch wenn derlei Investitionen kurzfristig höhere Defizite erfordern können, werden sie auf lange Sicht die Staatsschuldenquote im Zaum halten, denn durch die Auswirkungen wertschöpfender Investitionen wird sich das BIP erhöhen. Das ist auch der Grund dafür, dass so viele Länder mit nach wie vor bescheidenen Haushaltsdefiziten ebenfalls eine hohe Staatsverschuldungsquote haben können.

Die Wachstumsfrage muss sich entsprechend weniger auf die Wachstumsrate an sich konzentrieren als auf die Richtung, die das Wachstum nimmt.

Eine offener Diskussions über den wirtschaftlichen Wert könnte, so glaube ich, auch zu den Diskussionen über die Richtung beitragen. Progressive Argumente gegen Austeritätsmaßnahmen begnügen sich häufig mit dem Ruf nach Investitionen in die Infrastruktur (durch „schaufelfertige“ Projekte), als wären sie die Allheilmittel. Aber das ist eine ausgesprochen bescheidene Forderung. Die Diskussion über infrastrukturelle Maßnahmen und ihre Beziehung zu größeren sozialen Zielen ist kindisch. Straßen und Brücken? Ist das alles?

Ehrgeizige, von einer Vision getragene öffentliche Investitionen dürfen nicht auf eine Liste traditioneller Projekte der physischen Infrastruktur beschränkt bleiben. Der erste Schritt sollte darin bestehen, ernsthaft über das eigentliche Problem nachzudenken. So bedarf etwa ein grüner Wandel nicht nur einer grünen Infrastruktur, sondern auch einer klaren Vision dessen, was grünes Leben bedeutet. Es braucht dazu einen Wandel in allen Sektoren, auch den traditionellen wie etwa der Stahlindustrie, die ihren Einsatz von kritischen Rohstoffen senken muss.⁷

Was wir von der Apollo-Mission für die Umweltfrage lernen können

Eine wesentliche Art und Weise, einige der dringlichsten gesellschaftlichen Probleme von heute anzugehen, besteht darin, aus historischen Perioden zu lernen, in denen man sich ambitioniert kühne Ziele zur Lösung schwieriger technologischer Probleme gesteckt hatte. Nehmen wir nur zwei Lektionen aus der Mondmission.

Zunächst einmal bauten alle involvierten Behörden, von der NASA bis zur Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), ihre eigenen Kapazitäten und Kompetenzen aus. Man vergab weder seine Aufgaben noch das daraus resultierende Wissen an den privaten Sektor. Diese Praxis sollten wir auf keinen Fall vergessen, wenn wir uns die gegenwärtigen modischen Arrangements für öffentlich-private Partnerschaften ansehen. Sie werden erst als dynamische wissensintensive Kollaborationen Erfolg haben, bei

⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.), Deutsches Ressourceneffizienzprogramm II – Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen, Berlin 2016.

denen beide Seiten gleichermaßen engagiert in hausinterne Kompetenzen und Fähigkeiten investieren.

Zweitens erforderte die Apollo-Mission die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure und Sektoren, von der Luft- und Raumfahrt bis hin zu innovativen Textilien. Man konzentrierte sich dabei nicht auf Subventionen eines einzigen Sektors (Aeronautik), sondern auf die gemeinsame Problemlösung zahlreicher Sektoren sowie verschiedener Arten von öffentlichen und privaten Kollaborateuren – selbst in Lowtech-Sektoren wie dem Textilbereich.

Dasselbe gilt für die Herausforderung, den vom Menschen an der Umwelt angerichteten Schaden umzukehren; etwas, was nicht allein durch verstärktes Investment in erneuerbare Energien – eine technologische Herausforderung für sich – zu lösen ist, sondern einer gesellschaftlichen Verpflichtung zu neuen, weniger materialintensiven Ansätzen hinsichtlich unserer Lebensart bedarf. Um den Kampf gegen Klimawandel oder Krebs voranzutreiben, braucht es konkrete Missionen mit Kollaborationen von Akteuren unterschiedlichster Art; es braucht klar abgesteckte Ziele für eine Vielzahl von Akteuren über eine Vielzahl von Sektoren hinweg und gemeinsame Investitionen zur Erforschung neuen Terrains; und es braucht Geduld zum Erreichen langfristiger Ziele.

Man hat vergangene Perioden technologischer Umwälzungen mit Veränderungen in der Lebensweise in Verbindung gebracht, wie etwa beim Zusammenhang zwischen Massenproduktion und Suburbanisierung.⁸ Eine grüne Revolution bedarf einer überlegten und bewussten Veränderung sozialer Werte: einer Neuausrichtung der gesamten Wirtschaft, eines Wandels von Produktion, Verteilung und Konsum in allen Sektoren.

Eine bessere Zukunft für alle

Das Konzept des Werts muss einmal mehr seinen rechtmäßigen Platz im Zentrum ökonomischen Denkens einnehmen. Befriedigendere Arbeitsplätze, weniger Verschmutzung, bessere Pflege, gerechtere Entlohnung – welche Art von Wirtschaft wollen wir? Ist diese Frage erst einmal beantwortet, können wir entscheiden, wie wir unsere wirtschaftlichen Aktivitäten gestalten wollen, und dabei Aktivitäten, die die gesteckten Ziele erfüllen, innerhalb der Produktionsgrenze verorten – als Belohnung dafür, das Wachstum in eine Richtung zu steuern, die uns wünschenswert scheint. Bis wir so weit sind, können wir schon einmal Aktivitäten einzuschränken versuchen, die ausschließlich auf Rent-Seeking abzielen, und wirklich produktive Aktivitäten in höherem Maße belohnen als jetzt.

Bei alledem geht es mir nicht darum, der einen oder anderen (historischen) Werttheorie das Wort zu reden. Ich möchte vielmehr eine neue Debatte anstoßen und den Wert zurück ins Zentrum ökonomischer Überlegungen stellen.

⁸ Carlota Pérez, *Capitalism, technology and a green global golden age: The role of history in helping to shape the future*, in: Michael Jacobs und Mariana Mazzucato (Hg.), *Rethinking Capitalism: Economics and Policy for Sustainable and Inclusive Growth*, Chichester 2016.

Es geht nicht darum, einen stabilen und statischen Zaun um die Produktionsgrenze zu ziehen und einige Akteure als Parasiten oder Nehmer abzustempeln, während wir andere zu glorreichen Wertschöpfern und Machern erklären. Wir sollten vielmehr ein dynamischeres Verständnis dafür entwickeln, was Machen und Nehmen im Kontext unserer gesellschaftlichen Zielsetzung bedeuten soll. Hier kommen zweifelsohne objektive und subjektive Faktoren ins Spiel, nur sollten die subjektiven nicht alles auf eine einzige individuelle Wahlmöglichkeit reduzieren – bar jeden sozialen, politischen und ökonomischen Kontexts, in dem entschieden wird. Es ist nun einmal der jeweilige Kontext, auf den sich die (objektive) Dynamik technologischer Veränderungen und unternehmerischer Governance-Strukturen auswirken – Letztere zum Beispiel auf die Entscheidung über die Art der Einkommensverteilung und die Macht der Arbeiter bei den Verhandlungen über ihren gerechten Anteil. Diese strukturellen Kräfte sind die Ergebnisse von Entscheidungsprozessen innerhalb von Organisationen. Sie sind weder unvermeidlich noch determiniert.

Zur Eröffnung dieses Dialogs habe ich aufzuzeichnen versucht, dass Wertschöpfung kollektiv erfolgt, dass Politik bei der Schaffung und Gestaltung eine aktivere Rolle spielen kann und dass wahrer Fortschritt einer dynamischen, auf die gesellschaftlichen Probleme des 21. Jahrhunderts konzentrierten Arbeitsteilung bedarf. Kritik an der gegenwärtigen Entwicklung ist dringend nötig. Mehr noch: Sie ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung einer neuen Ökonomie – einer Ökonomie der Hoffnung. Denn wenn wir nicht von einer besseren Zukunft träumen, nicht wenigstens auf eine solche hinarbeiten können, haben wir auch keinen guten Grund, uns Gedanken über den Wert zu machen. Und das ist vielleicht die größte Lektion.

Die Dokumente zum Zeitgeschehen: online,
kostenfrei und zeitnah aktualisiert – auf
unserer Blätter-Website



NEW YORK



BERLIN



KAPSTADT



PEKING



SYDNEY

Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 124.